

# Beck stürzt SPD ins Steuerchaos

Parteichef kündigt überraschend Gegenkonzept zur CSU an – „Leistungsträger“ sollen bei Sozialabgaben entlastet werden

KARL DOEMENS  
DONATA RIEDEL  
SVEN AFHÜPPE | BERLIN

Mit der überraschenden Ankündigung eines eigenen Konzepts zur Entlastung der Leistungsträger hat SPD-Chef Kurt Beck seine Partei erneut in Aufregung versetzt. Offenbar ohne vorherige Absprache mit den Finanzpolitikern hatte Beck am Montagabend in einem Interview das Steuerentlastungskonzept der CSU zwar kritisiert, zugleich aber gesagt: „Wir werden auch nicht Nein sagen, sondern einen eigenen Weg deutlich machen.“ Dieser werde „seriös finanziert“ sein. Beim Zukunftskongress der SPD Ende Mai in Nürnberg werde „ein Konzept auf den Tisch gelegt“.

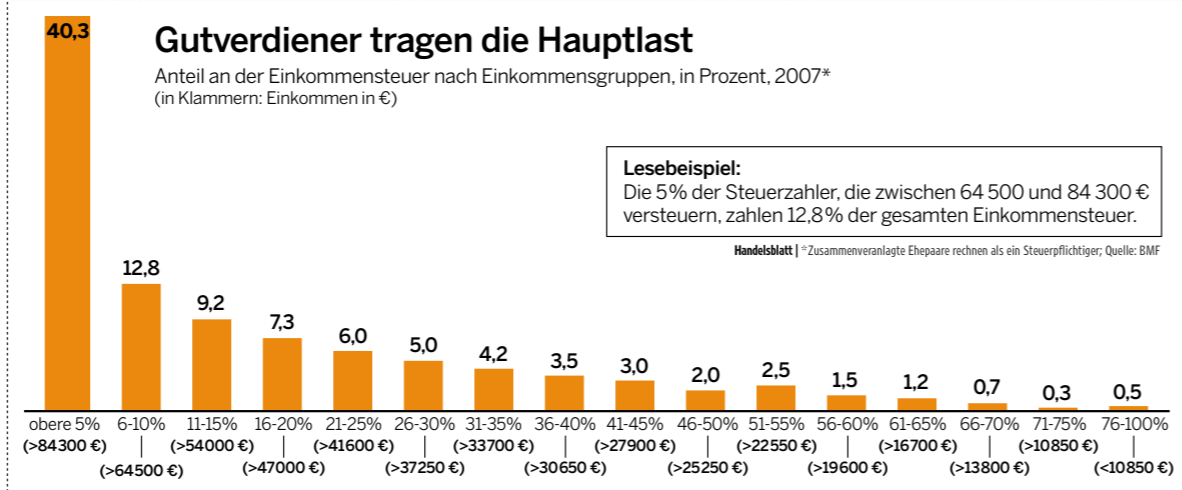
In der gestrigen Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion bekräftigte Beck sein Vorhaben. Es gehe um die Erarbeitung eines „Konzepts einer zukunftsgerichteten Verhaltensweise des Staates“, sagte er anschließend: „Die Federführung liegt bei mir.“ In einer Gesamtbetrachtung sollten die Ziele der Konsolidierung, der Finanzierung von Zukunftsaufgaben und „der Entlastung der Leistungsträger über Steuern und Sozialabgaben“ beschrieben werden. Den finanziellen Rahmen könne er noch nicht beziffern. Doch sehe er „keine Chance für Entlastungen“ in dem von der CSU versprochenen Volumen von 28 Mrd. Euro.

SPD-Parlamentarier reagierten irritiert auf den Vorstoß. „Dass es ein regelrechtes Konzept bis zum 31. Mai geben soll, hat mich überrascht“, sagte Finanzexperte Florian Pronold. Es sei „völlig klar“, dass die SPD ihre steuerpolitischen Vorstellungen bis zur Bundestagswahl darlegen werde: „Wir wollen seriös dem etwas entgegengesetzten, was die CSU an Luftschlossern aufgebaut hat.“ Doch gehe es beim Zukunftskongress eher um „eine Art Orientierung“ und erste Leitlinien. Auch SPD-Fraktionschef Peter Struck wiegelt Fragen nach dem Konzept ab: „Wir sind noch gar nicht so weit.“

Ähnlich war dies bislang auch im Willy-Brandt-Haus gesehen worden. Dort wurde der Zukunftskongress seit langem für eine programmatische Diskussion geplant. Beck hatte zu Ostern überraschend erklärt, bei dem Treffen in Nürnberg solle der Kurs im Umgang mit der Linkspartei diskutiert werden. Nun weckt er öffentliche Erwartungen auf ein Steuerkonzept. Bei dem Thema bestche in dieser Legislaturperiode „kein Handlungsbedarf“, hatte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil noch am Montag erklärt: „Wir werden nicht auf Landtagswahlterminen ir-reale Debatten anfangen.“



Immer für eine Überraschung gut: Kaum hatte die CSU ihr Steuerkonzept präsentiert, kündigte SPD-Chef Kurt Beck auch eines an.



Die CSU, die zeitgleich von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) heftig für ihr „unseriöses Konzept“ kritisiert wurde, nahm Becks Ankündigung eines Gegenkonzepts dankbar auf. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, stichelte CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer. Die CSU habe den Trend für Steuerentlastungen gesetzt, und „die SPD hechelt uns hinterher“.

SPD nur raten, möglichst viel bei der Union abzuschreiben, „damit die SPD nicht wieder wie bei Rot-Grün die Entlastungen für Normalverdiener und Familien vergisst“.

Es blieb dann zunächst dem SPD-Finanzexperten Joachim Poß überlassen, den steuerpolitischen Weg der Partei zu beschreiben. Zuerst müsse bis 2011 der Bundeshaushalt ausgeglichen werden, erinnert er in einer Mitteilung zu den „steuerpolitischen Perspektiven der SPD“. Sodann müsse das Urteil des Verfassungsgerichts zur Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen umgesetzt werden. Weitere Milliarden werde die Regierung brauchen, um nach dem Existenzminimumbericht im Herbst das Kindergeld und die Kinderfreibeträge anzuhoben, so Poß. Sollte es darüber hinaus Spielraum geben, setze die SPD darauf, die Abgabenlast für Geringverdiener zu senken. Auf dem Zukunftskongress wolle die SPD „über ihre Steuerpolitik in der nächsten Legislaturperiode diskutieren und ihre bisherige Linie noch einmal klarmachen und erläutern“, so Poß.

Ob sich die SPD in ihrem Konzept eher der sogenannten „kalten Progression“ im Steuersystem zuwendet oder auf eine Senkung der Lohnnebenkosten dringt, blieb gestern unklar. Beck signalisierte eine persönliche Präferenz für Abgabensenkungen: „Die Sozialabgaben müssen stärker im Vordergrund stehen.“ Von Steuerentlastungen würden Geringverdiener kaum profitieren, hieß es in SPD-Kreisen. Aus eigener Kraft werden die Sozialversicherungen ihre Beiträge in absehbarer Zukunft freilich nicht reduzieren können. Erforderlich wären dazu Steuerzuschüsse. Beck erinnerte daran, dass sich die SPD bereits bei der Gesundheitsreform „einen höheren Betrag“ aus dem Haushalt gewünscht habe.

Die Union will sich durch die SPD-Pläne nicht unter Zeitdruck setzen lassen. „CDU und CSU werden Anfang 2009 ein gemeinsames Steuermodell vorlegen“, sagte Norbert Röttgen, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. Auch Unionsfraktionsvize Michael Meister kündigte an, dass die CDU an ihrem bisherigen Fahrplan festhalten werde. „Anders als die SPD hat die CDU eine verlässliche Parteivorsitzende“, sagte Meister dem Handelsblatt. In den nächsten Monaten solle eine Arbeitsgruppe von CDU und CSU eingerichtet werden, die bis zum Jahresende ein gemeinsames Konzept ausarbeiten soll.

MEINUNG SEITE 8

Lesen Sie mehr zur Steuerdebatte unter:  
[www.handelsblatt.com/steuern](http://www.handelsblatt.com/steuern)

# Abgeordnetenbezüge steigen um 16 Prozent

Öffentlicher Dienst löst doppelte Diätenrunde aus

DIETRICH CREUTZBURG | BERLIN

Die 612 Bundestagsabgeordneten sollen sich nach dem Willen von Union und SPD wieder an die Spitze der aktuellen Gehaltsrunde setzen. Zusätzlich zu der im vergangenen Herbst beschlossenen Diätenerhöhung von insgesamt 9,4 Prozent für 2008 und 2009 ist nun eine weitere Anhebung vorgesehen, die sich am jüngsten Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes orientiert. Unterm Strich sollen die Abgeordnetenbezüge damit bis Anfang 2010 stufenweise auf 8 159 Euro pro Monat steigen – eine Erhöhung um 16,4 Prozent seit Ende 2007.

„durchgeboxt“ habe, kritisierte der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck. Sein FDP-Kollege Jörg van Essen bekräftigte die Forderung der Liberalen, die Diäten von einer beim Bundespräsidenten angesiedelten Kommission regeln zu lassen. Linksfraktionsvize Bodo Ramelow bezeichnete es als „schamlos“, dass bei den Diäten nun allein die Erhöhung einen monatlichen Hartz-IV-Regelsatz übersteigen solle. Der Chef des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, nannte die Pläne „eine schlichte Unverschämtheit“.

Hinter der neuen Erhöhung steht eine Mechanik, die bei der Diätenrunde im Herbst 2007 vereinbart worden war. Danach sollen die Bezüge der Abgeordneten künftig jenen der Bundesrichter entsprechen. Dazu waren die Diäten zunächst von 7 009 auf 7 339 Euro erhöht worden, zum 1. Januar 2009 wurde eine weitere Erhöhung auf 7 668 Euro festgelegt. Nun aber steigt kurz darauf mit der Tarif- und Besoldungsrunde im öffentlichen Dienst auch das Referenzgehalt. Einschränkungen sollen die Abgeordneten nach dem Willen von Union und SPD insofern hinnehmen, als ihre Erhöhung im Vergleich zu der der Beamten zeitlich gestreckt werden soll.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen, verteidigte die Diätenpläne. Auch SPD-Generalsekretär Hubertus Heil stellte sich hinter die neue Mechanik. Schließlich sei es dabei gerade um ein Kriterium für Diätenerhöhungen gegangen, bei dem „nicht mehr die Abgeordneten jedes Mal die Hand heben müssen“. Trotz der Ende 2007 eingeführten Koppelung an die Beamten ist die neue Diätenrunde allerdings kein Automatismus, laut Abgeordnetengesetz ist ein separater Bundestagsbeschluss nötig.

ANZEIGE

**PRIVATE BANKING**  
COMMERZBANK

*behavioral finance:*

**folgen sie nicht immer ihrem bauch |**

Intuitive Entscheidungen sind oft der Grund für verpasste Anlagechancen. Eine erfolgreiche Vermögensverwaltung setzt daher auf rationales Vorgehen und individuell ausbalancierte Anlagestrukturen. Ein Anruf und auch Sie profitieren davon. Tel. +49 (0) 69 136-2 80 00

Das ergibt sich aus einer Verabredung der Spitzen der Koalitionsfraktionen in Zusammenhang mit der aktuellen Besoldungsrunde für Bundesbeamte. Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst sieht Lohnerhöhungen von insgesamt gut acht Prozent für 2008 und 2009 vor. Sie sollen nach dem Willen der Koalition diesmal mit dem Besoldungsanpassungsgesetz unverändert auf die Beamten übertragen werden – und damit, leicht modifiziert, auch auf die Abgeordneten.

Bei der Opposition stieß das Vorgehen der Koalition auf zum Teil scharfe Kritik. Die neue Diätenerhöhung sei Folge eines „schlechten Gesetzes“, das die Koalition Ende 2007

MEINUNG SEITE 8

UNIVERSITÄTEN: Warum die Niederlande um deutsche Abiturienten werben

## Das Flair von Maastricht

RUTH REICHSTEIN | MAASTRICHT

Mit flinken Bewegungen blättert Julia Langenohl durch ihre Unterlagen. Gleichzeitig referiert die 19-jährige Studentin in fließendem Englisch über die Ziele einer mittelständigen Logistikfirma in den Niederlanden. Ihre elf Kommilitonen lauschen aufmerksam. Die Gruppe des Studiengangs „internationale Betriebswirtschaft“ soll ein neues Logistikkonzept für eine virtuelle Firma erarbeiten. Der Dozent sitzt zwar mit in dem kleinen, hellen Gruppenraum, aber er hält sich zurück. Die Diskussionsführung hat er einem seiner Studenten übertragen.

So funktionieren die meisten Seminare an der Universität von Maastricht: kleine Gruppen, viel Eigenverantwortung. „Problemgesteuertes Lernen“ heißt das Konzept. „In der Diskussion mit den anderen Studenten lerne ich viel mehr als beim Auswendiglernen irgendeines Buches“, sagt Julia Langenohl.

Sie studiert im zweiten Semester in Maastricht und ist damit eine von über 14 000 Deutschen, die ihre akademische Laufbahn lieber in den Niederlanden als in Deutschland beginnen. Ein Grund dafür ist eben der Unterricht in Kleingruppen. „Mit den überfüllten Hörsälen in Deutschland hat das gar nichts zu tun“, freut sich Julia.

Die Niederlande stehen in der Hitliste der deutschen Abiturienten ganz oben. Vor zehn Jahren waren noch Großbritannien und die USA wesentlich beliebter als das nahe Holland. Aber die niederländischen Hochschulen haben Ende der 90er-Jahre eine regelrechte Offensive gestartet, um ausländische Studierende, insbesondere Deutsche, in das kleine Polderland zu locken – mit Erfolg. „Wir wollen eine Internationalisierung unserer Hochschulen. Wir wollen unsere Studierenden auf den internationalen Arbeitsmarkt vorbereiten, und dafür brauchen wir auch in den Bildungseinrichtungen eine internationale Atmosphäre“,

sagt Jo Ritzen. Er ist heute Rektor der Maastrichter Universität, war neun Jahre lang Bildungsminister in Den Haag und Vizepräsident der Weltbank.

Ritzen ist überzeugt, dass die europäischen Hochschulen sich mehr als Unternehmen begreifen müssen. „Bei uns weiß heute jeder Dekan ganz genau, wie er sein Geld bekommt, und dementsprechend wirtschaftet er“, sagt Ritzen. Schließlich sagen Prognosen einen allgemeinen Rückgang der Studierendenzahl in Europa für die kommenden Jahrzehnte voraus. Der Wettbewerb unter den Hochschulen wird also weiter zunehmen.

Unter Ritzens Führung wurde deshalb in den Niederlanden vor einigen Jahren das gesamte Finanzierungskonzept der Hochschulen umgestellt. Die Fakultäten bekommen nun Staatsgelder für jeden Studierenden – und jeden Absolventen – immerhin zwischen 10 000 und 20 000 Euro pro Diplomierten. „Das schafft Anreiz,

möglichst viele Studierende anzulocken und auch erfolgreich durch das Studium zu bringen“, sagt Ritzen.

Um ihr Einzugsgebiet zu erweitern, haben sich vor fünf Jahren 30 niederländische Hochschulen zusammengeschlossen und die Internetseite „Studieren in Holland“ ins Leben gerufen. Hier finden interessierte Deutsche alle Informationen zum Studium in Holland. Zusätzlich bietet die deutsche Firma Educon im Auftrag der Hochschulen Informationsseminare und individuelle Vorbereitungskurse für Deutsche an, die gerne in die Niederlande gehen möchten. „Es ist eine echte Charme-Offensive der Niederländer. So sichern sie sich auch viele hochqualifizierte Arbeitskräfte, die nach ihrem Studium in den Niederlanden bleiben“, sagt der Educon-Geschäftsführer Peter Stegelmann. Maastricht ist dabei besonders erfolgreich: 30 Prozent der 12 000 Studierenden kommen aus Deutschland, weitere 20 Prozent aus dem übrigen Ausland.

Gründe dafür gibt es viele. Julia Langenohl kommt aus Wuppertal, gute 100 Kilometer von Maastricht entfernt, und wollte nicht zu weit weg von Zuhause studieren. „Mir war die internationale Komponente wichtig, und hier in Maastricht werden alle Kurse in Englisch gehalten. Deshalb habe ich mich für diese Universität entschieden“, erzählt die Studentin. Insgesamt bieten die niederländischen Hochschulen über 2000 Studienprogramme in Englisch an.

Einige Deutsche kommen auch nach Holland, um dem heimischen Numerus Clausus zu entgehen – zum Beispiel für Psychologie. Immerhin 350 Deutsche studieren dieses Fach in Maastricht – ohne Zugangsbeschränkung. Und einige Fächer – wie zum Beispiel Fair Trade Management – gibt es nur in Holland.

Und als i-Tüpfelchen sind dann auch noch die Jobaussichten besonders rosig: 90 Prozent der Absolventen aus Maastricht finden innerhalb von drei Monaten einen Arbeitsplatz – das ist absolute europäische Spitze.



Uni-Bibliothek in Maastricht: Gute Studienbedingungen locken deutsche Studenten in die Niederlande.

**1 MAL WECHSELN.**

**2 JAHRE** 

**PREISGARANTIE**

**AUF IHREN STROMPREIS PRO KWH.**

**Jetzt zum günstigen Strom von E WIE EINFACH wechseln und 1 Cent pro kWh sparen.\***

**ÜBRIGENS:**  
Günstiges Gas haben wir auch!

**E WIE EINFACH**

\* Jede kWh Strom 1 Cent günstiger als der Allgemeine Preis Ihres örtlichen Grundversorgers – bei gleichem Grundpreis. Das Angebot gilt bis 100.000 kWh pro Jahr. Und falls Sie gleich doppelt sparen wollen: Wir haben auch günstiges Gas.

**WWW.E-WIE-EINFACH.DE**  
**TEL: 0800 44 11 800**